

Entstehung und Struktur des indischen Parteiensystems unter der britischen Kolonialherrschaft

Rösel, Jakob; Jürgenmeyer, Clemens

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rösel, J., & Jürgenmeyer, C. (2002). Entstehung und Struktur des indischen Parteiensystems unter der britischen Kolonialherrschaft. *Indien - Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, 39-65. <https://doi.org/10.11588/ijb.2002.0.1466>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Mitglied der

Leibniz-Gemeinschaft

Entstehung und Struktur des indischen Parteiensystems unter der britischen Kolonialherrschaft

von

Jakob Rösel und Clemens Jürgenmeyer

1 Vorbemerkung zur Parteienbildung

Demokratisierungsprozesse und damit die Entstehung offener Mehrparteiensysteme tragen zur Entwicklung und deshalb zu wachsender Autonomie, Unvorhersehbarkeit und Unkontrollierbarkeit von Gesellschaften und der sie konstituierenden Gruppen bei. Aber nicht nur das Resultat dieses Prozesses, sondern auch seine Rahmenbedingungen, Antriebsfaktoren und Formen entziehen sich einem einfachen und verallgemeinerungsfähigen Erklärungsmuster. Ein wichtiges, allerdings auf westliche Staaten und Gesellschaften zugeschnittenes Modell der Entstehung demokratischer Parteien und Parteiensysteme haben Seymour Lipset und Stein Rokkan bereits 1967 vorgelegt. Vor dem Hintergrund spezifisch europäischer historischer Erfahrungen und Strukturen beschreibt dieses Modell die Rahmenbedingungen und Konfliktlinien der Parteienbildung: Prozesse der Parteienbildung finden im Rahmen der nacheinander geschalteten Prozesse des *nation-(state-)building* und der massiven Industrialisierung statt. Es bestehen wie überall vielfältige Konfliktlinien und -potenziale, aber nur bestimmte bringen zivilgesellschaftliche Organisationen und Bewegungen, am Ende stabile Parteien hervor. Dabei zeigen sich im europäischen Kontext vier typischerweise aufeinander folgende Konfliktlinien:

Es besteht zunächst eine zwischen expandierendem nationalen Zentrum sowie lokalen und regionalen, kulturellen und ethnischen Peripherien verlaufende

Konfliktlinie, die im Einzelfall regionalistische und ethnische Bewegungen und Parteien gegenüber überregionalen Parteien einer nationalen Sammlung und Integration entstehen lässt.

Sodann zeigt sich eine weitere Konfliktlinie in all jenen Ländern, in denen eine nach wie vor universalistische, politisch und religiös dominierende Kirchenorganisation, wie z.B. die katholische Kirche, besteht. Diese Linie verläuft zwischen einem expandierenden und laizistischen Staat, der das Monopol der katholischen Kirche auf Erziehung, ihren Einfluss auf das Rechtssystem und ihre gesellschaftliche Vorrangstellung bestreitet, und einer defensiven katholischen Kirchenorganisation, die in wachsendem Maße Parallelorganisationen und eine eigene, auf die Sicherung ihrer Einflussgebiete und ihres Status' ausgerichtete Partei hervorbringt. Eine solche Konfliktlinie und Parteientwicklung ist in Staaten, in denen eine erfolgreiche protestantische Revolution zur Entstehung einer protestantischen Nationalkirche, zu einer Trennung staatlicher und kirchlicher Institutionen und einem auf religiöse Toleranz gegründeten gesellschaftlichen Konsens geführt hat, nicht gegeben.

Eine dritte Konfliktlinie entsteht mit dem Einsetzen der industriellen Revolution. Sie verläuft zwischen Agrar- und Industriesektor und lässt eigenständige Bauernorganisationen und „Agrarparteien“ dann entstehen, wenn nationale Parteien oder Unternehmerparteien bäuerlichen Interessen nicht entsprechen oder Agrareliten nicht kooptieren können.

Der Fortgang und die Vollendung von Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozessen begründet schließlich die Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit, also Unternehmern und Lohnarbeitern, und lässt zwangsläufig, wenn auch in unterschiedlicher Stärke und Konfliktintensität, Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiterparteien entstehen.

Selbst in dem scheinbar homogenen Milieu westlicher, sich konsolidierender und industrialisierender Staaten treten nicht alle Konfliktlinien auf, führen Konfliktpotenziale nicht zwangsläufig zur Bildung entsprechender Parteien, und diese werden von den jeweiligen Konfliktlinien nicht ausschließlich geprägt. Eine Abfolge gesamtgesellschaftlicher Konfliktlinien stellt damit Wahrscheinlichkeiten, aber keine Gewissheiten für eine entsprechende Parteienbildung bereit. Hinzu tritt aber, dass diese Parteibildungsprozesse zumindest zwei dynamischen, also die generellen Rahmenbedingungen laufend umgestaltenden Zusammenhängen ausgesetzt bleiben:

Die bereits entstandenen, vom jeweiligen Ancien Régime bekämpften oder tolerierten politischen Bewegungen und Parteien, also die Insider, determinieren die *terms of trade*, also die Chancen, Marktnischen und Spielregeln für die jeweils Zu-spät-Gekommenen. Das politische System selbst, also das Wahlrecht, das Wahlsystem, die Struktur von Parteien und die demokratischen Spielregeln, befindet sich noch in der Entwicklung. Das bedeutet auf die Parteien gemünzt, dass Insider wie Outsider den Systemausbau einerseits

mit gestalten und andererseits beständig und umfassend von diesem geprägt werden.

Mit anderen Worten: Selbst kleine Unterschiede in den historischen Ausgangsbedingungen dieser Parteienbildungsprozesse, verbunden mit der jeweils unterschiedlichen Auswirkung der vier Konfliktlinien, mussten auf Dauer sogar in Westeuropa höchst unterschiedliche demokratische Herrschaftsformen wie auch Parteiensysteme hervorbringen.

Diese die Differenziertheit der Ausführungen von Lipset und Rokkan stark verkürzenden Vorbemerkungen sind notwendig, um deutlich zu machen, dass das angesprochene Modell selbst im scheinbar überschaubaren europäischen Kontext den Prozess der Parteienbildung zwar interpretieren, aber nicht als Determinismus rekonstruieren kann. Bei einer Übertragung in die außereuropäische Welt, hier in das koloniale und postkoloniale Indien, zeigt sich neben der „Unterdeterminiertheit“ des Modells ein weiteres Problem: Es setzt historische Ausgangsbedingungen wie den europäischen Territorialstaat, Entwicklungsprozesse wie *nation-building* und Industrialisierung sowie gesellschaftliche Strukturen wie Amtskirche und Nation voraus, die in einem kolonialen Rahmen nicht gegeben sind oder dort zwangsläufig zu anderen Wirkungen führen. Der Tatbestand der kolonialen Unterwerfung erweist sich also als tief greifend: Er schließt die Existenz bestimmter Strukturen aus oder gibt ihnen eine andere Funktion. Das Modell wird damit mit Rahmenbedingungen und Entwicklungen konfrontiert, für das es eigentlich nicht geschaffen wurde. Das macht aber eine Interpretation kolonialer und nachkolonialer Parteienbildung in Indien im Lichte des Modells keineswegs unsinnig. Die Übertragung in einen kolonialen und nachkolonialen Kontext kann vielmehr dazu beitragen, wesentliche Elemente des Modells so zu reorganisieren, dass außereuropäische Parteienbildungsprozesse interpretiert werden können und deren Unterschiedlichkeit gegenüber europäischen bestimmt werden kann.

Dieser und der folgende Beitrag bilden eine Einheit, indem sie anhand des Modells von Lipset und Rokkan die Entstehung und Struktur eines Parteiensystems in Indien seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zu rekonstruieren versuchen. Der erste Beitrag behandelt die Phase der britischen Oberherrschaft, der zweite die Zeit seit der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947. Das zugrunde gelegte Modell dient dabei als eine Art Orientierungshilfe für die Analyse der unterschiedlichen Prozesse, ohne gleich die universelle Gültigkeit von Verlauf und Struktur von Prozessen der Parteienbildung unterstellen zu wollen.¹ Sein heuristischer Wert wird durch diese geographische Beschränkung vielleicht geschmälert, aber keineswegs aufgehoben.

¹Die Grenzen der Übertragbarkeit des Lipset-Rokkan-Modells auf Indien werden ausführlich diskutiert in Rösel/Jürgenmeyer (2001). Auf eine Wiedergabe der Argumente wird hier verzichtet.

2 Britische Kolonialherrschaft und indische Interessenvertretung

Die schiere Größe und die enorme religiöse, kulturelle, ethnische und soziale Vielfalt des Subkontinents, unterschiedliche, vorrangig regional konsolidierte Staatsformen und Geschichtstraditionen und die Form der kolonialen Erfassung Indiens mussten hier eventuellen Parteibildungs- und Demokratisierungsprozessen eine eigenständige Gestalt und Dynamik geben. Der Subkontinent, traditionell von Dutzenden von Regionalreichen beherrscht und politisch wie kulturell von diesen geprägt, wird von der Mitte des 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts von einer britischen Monopolhandelsgesellschaft, der East India Company, zu weiten Teilen militärisch erobert oder durch Verhandlung bzw. Beschluss annektiert. Die militärische und administrative Erfassung bleibt aber unvollständig, da zwei Fünftel des Territoriums und etwas über ein Fünftel der Bevölkerung Südasiens in den Princely States und damit außerhalb des direkten britischen Herrschaftsbereiches verbleiben. Nach dem Großen Aufstand von 1857/58 bis zur Unabhängigkeit und Teilung des Subkontinents 1947 tritt die British Raj an die Stelle der Company Raj, und die britische Beamtenelite legt von nun an die Rahmenbedingungen fest, innerhalb deren ein bürokratisches und technisches *state-building*, ein kolonial toleriertes ebenso wie manipuliertes *nation-building*, Prozesse der sozialen und politischen Mobilisierung und schließlich der Parteibildung und einer Demokratisierung von oben vorangetrieben oder gesteuert werden.

Eine an Lipset/Rokkan orientierte Einschätzung dieser jetzt nachhaltigen Modernisierungsprozesse müsste eigentlich zu dem Ergebnis kommen, dass zunächst Prozesse einer infrastrukturell gestützten, bürokratischen und zentralisierenden Territorialerfassung regionale, ethnische oder religiöse Abwehrhaltungen und Widerstandsbewegungen auslösen. Diesem Prozess folgt im Maßstab der Durchsetzung eines nicht nur kontrollmächtigen, sondern auch laizistischen Staates die Gegenwehr großer organisierter Glaubensgemeinschaften, und dieser Mobilisierung, Organisation und Interessenartikulation folgen wiederum in dem Maße, in dem Urbanisierungs- und Industrialisierungsprozesse auftreten, diejenige von Agrarreliten oder ländlichen Magnaten und am Ende diejenige eines industriellen (Lumpen-)Proletariats. Weder diese Abfolge noch diese einfachen Wirkungszusammenhänge sind in Britisch-Indien gegeben. Die Größe und Heterogenität Indiens, das späte Einsetzen und damit die fortlaufende Gleichzeitigkeit der Prozesse, die relative Bedeutungslosigkeit von Urbanisierung und Industrialisierung und der immer ausschlaggebende Tatbestand kolonialer Beherrschung – also der unübersehbare Interessen- und Identitätsgegensatz zwischen Herrschern und Beherrschten – verhindern eine einfache Prozessabfolge und gestalten die eventuellen Wirkungszusammenhänge neu und unvorhersehbar.

Die Größe Britisch-Indiens bringt es unter anderem mit sich, dass die Kontroll- und Zentralisierungstendenzen nicht von einem kolonialen Zentrum – zuerst Calcutta, später New Delhi –, sondern vorrangig von den Zentren der administrativen Großeinheiten, den Presidencies, ausgehen. Regionale, ethnische oder religiöse Widerstandsbewegungen gewinnen damit eine Doppelfunktion. Während sie auf der gesamtindischen Ebene als Abwehrreaktion gegenüber zentralisierenden Erfassungs- und Modernisierungsprozessen gelten können, können sie in den einzelnen Presidencies bzw. Provinzen als bewusst oder unbewusst vorangetriebene Prozesse eines etwa bengalischen oder tamilischen *nation-building* eingeschätzt werden. Als Prozess eines regionalen *nation-building* werden sie so den Widerstand noch kleinerer ethnischer Gemeinschaften oder Subregionen wecken.

Die Ausdehnung und vor allem die Heterogenität Britisch-Indiens, also das Vorherrschen der kleinen vor den großen Traditionen, bewirken zudem, dass die Durchsetzung eines über den religiösen Gemeinschaften stehenden laizistischen Staates keine und wenn, dann zumindest ganz unterschiedliche Reaktionen auslöst. Hinduismus und Islam sind keine bürokratischen, amtscharismatischen Organisationen. Sie zerfallen in zahllose lokale und soziale Milieus, deren Mitglieder mit den fremdgläubigen Nachbarn mehr gemeinsam haben als mit dem Glaubensbruder in einer anderen Region. Hinzu kommt, dass der Hinduismus aufgrund seiner – gemessen an einer katholischen Amtskirche – Organisationschwäche immer zur religiösen Toleranz verpflichtet war, eine Adaptionsstrategie, bei der ihm der indische Islam weitgehend gefolgt ist. Eine koloniale Fremdherrschaft, die aus Gründen der Herrschaftsbewahrung einem im Wesentlichen passiven Säkularismus folgt, löst damit keine zwingende und eindeutige Gegenwehr aus. Zeigen sich dennoch religiöse – reformerische, restaurative oder fundamentalistische – Mobilisierungen, so sind es Minderheitenbewegungen, die nicht von einem Laizismus, sondern von der kolonialen Fremdherrschaft und Überlegenheit ausgelöst werden. Diese Bewegungen setzen darauf, ihre jeweilige Hindu- oder Muslimgemeinschaft so modernisieren und organisieren zu können, dass am Ende eine eventuelle Hindu- oder Muslimnation den Kolonialherren gleichberechtigt zur Seite oder an deren Stelle treten kann.

Eine grundlegende ökonomische Modernisierung – die Durchsetzung der Geldwirtschaft, eines Grundstückmarktes, der Warenwirtschaft –, aber nicht eine massive Industrialisierung und Urbanisierung lässt aufgrund der Größe Indiens und der kolonialen Rahmensezung wiederum andere soziale und politische Reaktionen, Identitätsbestimmungen und Organisationen entstehen: England will in Britisch-Indien Industrieprodukte absetzen, es kann und will auf dem Subkontinent keine Industrialisierung auslösen. Damit fehlt auch das räumliche, soziale und kulturelle Korrelat eines solchen Prozesses, eine massive Urbanisierung. Eine begrenzte Industrialisierung geht überwiegend von

hinduistischen Händlerfamilien und -kasten aus, sie stützt sich aber auch auf Kapital, das die britischen Agency Houses bereitstellen und das zum Aufbau eines Bergwerks- und Teeplantagensektors beiträgt. Die Kolonialmacht löst lediglich eine – ihren Herrschaftsimperativen entsprechende – begrenzte Urbanisierung aus: Mit den Kolonialzentren Calcutta, Madras, Bombay und New Delhi entstehen Primate Cities, von denen aus Britisch-Indien erfasst und beherrscht sowie der Warenaustausch organisiert wird. Auf der Distriktebene schließlich stützt sich die Herrschaft auf die Kutchery Towns, die Distriktzentren, zumeist ehrwürdige Klein-, Tempel- oder Residenzstädte.

Der schwachen Urbanisierung und Industrialisierung müsste damit, so eine plausible Erwartung, eine ebenso schwache oder fehlende Konfliktlinie zwischen organisiertem Industrieunternehmertum und Agrariern und zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entsprechen. Organisierte und eventuell einflussreiche Agrarlobbys, -organisationen und -parteien müssten ebenso fehlen wie starke Gewerkschaften und kommunistische oder sozialistische Parteien. Auch hier zeigt sich, dass die Größe und Komplexität Indiens, vor allem aber der Grundtatbestand der Kolonialisierung, unterschiedliche Kontexte bilden und andere Wirkungszusammenhänge auslösen.

Der westliche Territorialstaat kann sich im Prozess administrativer Expansion und bürokratischer Konsolidierung auf eine Vielzahl alter und immer wieder neuer Träger, Eliten und Klientelgruppen stützen. Nicht so der koloniale Staat, insbesondere einer von der Größenordnung Britisch-Indiens. Koloniale Herrschaft lässt sich angesichts der winzigen Zahl britischer Beamter hier nur ausweiten und konsolidieren, wenn eine mehrheitlich aus Einheimischen rekrutierte und in die Distrikte hineinreichende Kolonialbürokratie errichtet wird und wenn – weitaus bedeutsamer – die Masse der städtischen und regionalen Eliten Indiens bereit ist, die koloniale Herrschaft zu ertragen, zu tolerieren und zu nutzen. Diese Eliten sind aber in dieser großen und alten Bauerngesellschaft überwiegend Agrar-eliten. Die auf Berechenbarkeit und Stabilität, nicht vorrangig auf Entwicklung und Effizienz angewiesene Kolonialverwaltung hat von Anfang an den Interessenausgleich mit diesen Eliten angestrebt, sie hat den Meinungsaustausch mit deren Vertretern kultiviert und sie in das System der Verwaltung und der politischen Beratung kooptiert. Gleichzeitig hat sie die Bildung entsprechender Organisationen und Parteien mit unterstützt. Regionale Agrarierverbände entstehen damit nicht in Abwehr einer bedrohlichen Industrialisierung und Urbanisierung, sie entstehen, weil dominante Kasten, ländliche Magnaten und Großgrundbesitzer ihre Macht und ihr Einkommen im Schatten der Kolonialmacht maximieren wollen und die Kolonialmacht ihre wichtigsten Ansprechpartner und Stabilitätsgaranten organisiert sehen möchte. Im Gegenzug entstehen kleine, aber wort- und einflussreiche Unternehmerorganisationen, einerseits in Abwehr der Dominanz dieser Agrarverbände, andererseits aus eben dem gleichen Kalkül: Auch diese Industrie- und

Handelsunternehmer wollen ihre Stellung absichern und ausbauen, und die Kolonialmacht will diese für die Infrastruktur, den Warenaustausch und die fiskalische Entwicklung der Städte unverzichtbare Minderheit organisiert sehen.

Vergleichbares gilt für die in den Industrieenklaven der Primate Cities entstandenen kleinen und oft zersplitterten Gewerkschaften. Sie sind numerisch bedeutungslos, aber ihre Präsenz in den kolonialen Zentrumsstädten und der Tatbestand, dass sie in einem kolonialen Herrschafts- und Wirtschaftssystem auftreten, kompensieren die fehlende Bedeutung: Die Kolonialmacht bezieht ihre Autorität und Machtfülle aus der Allianz mit der Agrarelite, sie stützt sich aber, was ihre physische Präsenz, administrative Effizienz und militärische Gewalt betrifft, auf die Städte. Der koloniale Kontext und die Zwänge der kolonialen Herrschaftssicherung führen zu einer Situation, in der die entlang der Konfliktlinie „Kapital vs. Arbeit“ auskristallisierten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, obwohl statistisch unbedeutend, strategisch bedeutsam werden.

Vier das Lipset/Rokkan-Modell konstituierende Prozesse – territoriale Erfassung, Durchsetzung eines Laizismus, Urbanisierung und Industrialisierung – treten also in Britisch-Indien nicht nur unvollständig und verzögert, sondern wegen der Größe Indiens und der kolonialen Herrschaftssituation jeweils abgewandelt auf. Die Wirkungen, die von den vier Prozessen bezüglich einer politischen und sozialen Mobilisierung und Organisationsbildung ausgehen, sind deshalb, verglichen mit dem Lipset/Rokkan-Modell, anders, widersprüchlich und unvorhergesehen.

Ein ideales, allerdings auch in Westeuropa selten vorliegendes Ablaufmodell hätte parallel zur Konfliktlinie „Zentrum vs. Peripherie“ eine nationale Sammlungsbewegung sowie ethnische und regionalistische Gegenbewegungen, mit der Konfliktlinie „Staatslaizismus vs. organisierte Religionsgemeinschaften“ eine laizistische Bewegung und auf der Gegenseite defensive oder offensive Kirchenparteien entstehen lassen müssen. Entsprechend der Konfliktlinie „Urbaner Sektor und städtische Interessen vs. Agrarsektor und Agrarinteressen“ wären spezifisch bürgerliche und unternehmensorientierte Parteien einerseits und Verbände der Bauern und Magnaten andererseits entstanden. Mit der durch den Fortgang der Industrialisierung entstandenen vierten Konfliktlinie „Industriekapital vs. Industriearbeit“ wären schließlich Interessenverbände und Parteien der Arbeitgeber einerseits und der Arbeitnehmer andererseits entstanden.

In Indien aber fehlt sowohl diese Sequenz als auch der auf jeder Stufe operierende Zwang der wechselseitigen Interessenabgrenzung und spezifischen Interessenbestimmung. Deshalb soll vor dem Hintergrund gleichzeitiger sozialer und politischer Modernisierung und Mobilisierung im Folgenden die Bildung von Interessenorganisationen, die Entstehung der Unabhängigkeitsbewegung

und kolonialer Demokratisierungsprozesse sowie am Ende die Entstehung von Parteien geschildert werden.

Die Kolonialmacht, die Nordindien nach dem Großen Aufstand 1858 mühsam zurückerobert, liquidiert nicht nur den Anachronismus der Company Raj und macht Indien zur Kronkolonie, sie leitet aus dem Aufstand auch verschiedene, für die Zukunft handlungsbestimmende Herrschaftsmaximen ab. Da die Kolonialmacht davon überzeugt ist, dass die Muslime vorrangig für den Aufstand verantwortlich sind und, im Gegensatz zu den Hindus, fortdauernd einem Glauben anhängen, der es ihnen verbietet, gegenüber fremdgläubigen Herrschern vollständig loyal zu sein, optiert die Kolonialmacht jetzt für eine getrennte Behandlung dieses Fünftels der indischen Bevölkerung. Nachdem sie zunächst marginalisiert wird, wird der Muslimelite seit 1870 besondere Förderung zuteil. Indien gilt nicht mehr als Heimstätte hunderter von Einzelgemeinschaften und Sekten, Kasten und Regionalgruppen, über deren friedlichen Umgang und Austausch die Kolonialmacht zu wachen hat, Britisch-Indien gilt jetzt vielmehr als die Heimat zweier Nationen, der Hindus und der Muslime, deren Interessen nicht harmonieren können und sollen. Die beiden Nationen, „separate but equal“, sollen von der Kolonialmacht in der Balance gehalten werden, damit die Kolonialherrschaft nicht noch einmal durch den gemeinsamen Aufstand einzelner Sektionen beider Gruppen erschüttert wird. Die Kolonialmacht ist des Weiteren davon überzeugt, dass eine Serie rascher, im Kern laizistischer und sozialer Reformen mit zu dem Großen Aufstand beigetragen hat. Diese Reformen hatten ihrer Meinung nach gerade jene religiösen, politischen und vor allem agrarischen Eliten verunsichert, auf deren Gefolgschaft sich die British Raj unbedingt stützen musste. Reformen sollten deshalb künftig nicht vermieden werden, aber sie sollten sich auf ein Ziel ausrichten, mit dem eine Interessenkonvergenz zwischen Kolonialmacht und Agrarelite gesichert werden könne.

Dies und die generelle Sicherung eines Herrschaftskonsenses zwischen den ländlichen Eliten und der Kolonialmacht setzen neue Formen der Kontaktaufnahme, Beratung und Elitenkooptation voraus. Die Kolonialmacht öffnet jetzt fast alle Beratungsgremien auf Distrikt-, Provinz- und zentraler Ebene für sogenannte Appointed Members. Ernannt werden *native gentlemen*, die für eine jeweils führende Kaste oder strategische Interessengruppe sprechen können, die über einen angemessenen Grad westlicher, zumeist juristischer Bildung verfügen und insgesamt als loyal gelten. Die Kolonialmacht weiß aber auch seit dem Aufstand, dass es nicht ausreicht, einzelne Vertreter lokaler Kasten und Interessenvereinigungen zu hören, sondern dass es vielmehr darauf ankommt, die großen agrarischen Interessengruppen regional, auf der Ebene einer ganzen Presidency, und dabei sowohl kasten- als auch religionsübergreifend zu organisieren. Nur so kann sie sich auf das Gewicht der Meinungen

verlassen und sich auf eine Organisation stützen, die ihre jeweiligen Gesetze und Reformen trägt oder zumindest toleriert.

Der Ausbau von Eisenbahn, Post und Telegrafie, die Zunahme der *liberal professions* und der für sie notwendigen westlichen Bildung, die Gründung von Kastenhotels und Zeitungen, die Ausbreitung eines äußerlich britischen Vereinswesens, alle diese Entwicklungen haben aber seit der Mitte des 19. Jahrhunderts dazu beigetragen, dass zumindest innerhalb der Presidencies Netzwerke von Verwaltungs-, Markt- und Zentralstädten entstanden sind, in denen sich eine regionalsprachige oder anglophone Provinzelite begegnet und für bestimmte Zwecke organisieren kann. Diese Organisationsneigung geht in zwei Richtungen, in eine von der Kolonialmacht begrüßte und in eine eher beargwöhnte. Die größten Grundbesitzer – die Rajas, ländlichen Magnaten und Absentee Landlords, aber auch die Führer dominanter Kasten – gründen formal kasten- und religionsneutrale Verbände, mit deren Hilfe sie Einfluss auf eine Gesetzgebung nehmen wollen, die eventuell ihre lokale Machtbasis untergräbt. Obwohl viele Mitglieder ihren ausgedehnten Besitz allein der machtpolitischen Entscheidung der East India Company verdanken, Grundsteuerpächter durch einen Federstrich zu Großgrundbesitzern zu erheben, gelten sie in den Augen der britischen Beamtenelite als „born to rule“ und als unverzichtbares Fundament der Kolonialherrschaft. Mit nur geringer Sympathie können dagegen die zahlreichen Interessenvereinigungen sowie die Kulturorganisationen der *liberal professions*, der Richter, Anwälte, Ärzte, aber auch die Händler rechnen.

Diese Vereinigungen werden getragen von den gebildeten anglophonen Mitgliedern der eigenen Kolonialbürokratie, die entsprechend den Verwaltungszwängen und Entwicklungsaufgaben immer weiter anwächst. Vor allem das koloniale Rechtssystem hat mit seinen Gerichtshöfen und Verwaltungsstätten neue Machtarenen, Pfründen und Berufe geschaffen, in die die traditionellen Bildungsschichten und oft der Nachgeborene einer Großgrundbesitzerfamilie drängen. Die zunehmende Organisations- und Artikulationsbereitschaft eines Personals, das erst im Schatten der britischen Kolonialherrschaft entstanden und notwendig geworden ist, erfüllt die britische Kolonialelite aber mit Abscheu: Diese „braunen Herren“, Brown Sahibs, verfügen über keine traditionell legitimierte Stellung, kein Land und keine ländlichen Gefolgschaften. Sie sprechen damit nur für sich und verbreiten unter den Schlagworten *improvement, education* und *social up-lift* – weniger der *teeming masses of India* als ihrer eigenen Familien – Unruhe in einer paternalistischen Verwaltung. Die Kolonialmacht ist aber klug genug zu wissen, dass sie diese in und um ihren Apparat entstandenen Interessengruppen nicht verbieten kann, sondern steuern muss.

In dieser Situation einer zunehmenden Organisation der einflussreichen Großgrundbesitzerinteressen und der Artikulation städtisch gebildeter, büro-

kratischer und merkantiler Einzelinteressen wird 1885 eine erste lose, im Anspruch gesamtindische politische Interessenvereinigung gegründet, der Indian National Congress. Die Gründung war von einem pensionierten hochrangigen britischen Mitglied der Kolonialverwaltung selbst betrieben worden. Allen Octavio Hume hoffte, eine solche Vereinigung könne einen berechenbaren und konstruktiven Meinungsaustausch zwischen den gesamtindisch legitimierten und jetzt sichtbaren indischen Interessenvertretern und der Kolonialmacht etablieren. Diese Erwartung erweist sich als richtig, und es ist gerade dieser Erfolg, der, je nach Standpunkt, den Beginn eines genuinen Unabhängigkeitskampfes entweder 30 Jahre lang verhindert oder aber langsam und unmerklich vorbereitet.

Der Indian National Congress kristallisiert sich während des jeweiligen Jahrestreffens in einer der großen Städte Indiens für wenige Tage heraus. Über einen bürokratischen Apparat, eine Parteizentrale und eine berechenbare Disziplin oder Mitgliedsbeiträge verfügt der Congress nicht. Seine lose Struktur, sein „Ereignischarakter“ und seine in seiner Symbolik, nicht in seiner Aktivität begründete Langlebigkeit machen es aber möglich, dass eine Vielzahl regionaler Einzelpersönlichkeiten und Organisationen sich ihm zuwenden sowie Rivalitäten und Konflikte in regionalen Einzelorganisationen zunehmend unter Berücksichtigung des Stellenwertes der Konkurrenten in der Dachorganisation entschieden werden. Die Jahrestreffen und die eher symbolische Mitgliedschaft geben den aus den unterschiedlichsten lokalen und regionalen, sozialen und beruflichen Milieus, aber immer aus den höheren Kasten stammenden anglophonen Aktivisten des Congress zum ersten Mal eine gesamtindische Identität. Allein es fehlen die führenden Muslime, denn die vor allem auf die United Provinces konzentrierte Muslimelite hat sich seit 1906 in enger Absprache mit der Kolonialmacht eine eigenständige politische Plattform geschaffen: die All-India Muslim League. Damit sind zwei rivalisierende, aber unterschiedlich starke Honoratiorenbewegungen bereits vor Beginn des Unabhängigkeitskampfes und der Parteienbildung entstanden.

Beides setzt dann endgültig, aufgrund einer unvorhersehbaren Kette von Ereignissen und Entscheidungen, während und unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg ein. Britisch-Indien hat die britischen Kriegsanstrengungen politisch, militärisch und wirtschaftlich in starkem Umfang unterstützt. Diese Loyalität der einheimischen Elite und des Congress will die Kolonialmacht honorieren, und so beginnt sie bereits vor Ende des Krieges mit der Vorbereitung einer ersten Dyarchie, Doppelherrschaft genannten Reformmaßnahme. Das Projekt sieht vor, auf der Ebene der Provinzen, nicht des Zentrums, einer winzigen wirtschaftlichen und gebildeten Elite – weniger als 3% der erwachsenen Bevölkerung in den Provinzen Britisch-Indiens – eine politische Mitbe-

stimmung einzuräumen.² Dyarchie wird die Reform deshalb genannt, weil auf der einen Seite gewählte Provinzparlamente von nun an mit Indern besetzte Provinzregierungen stellen sollen, die aber lediglich für die wirtschaftliche Entwicklung und für die für die Parteienpatronage wichtigen Ressorts – Landwirtschaft, Bau, Bildung und lokale Selbstverwaltung – zuständig sind, und weil auf der anderen Seite die herrschaftsstrategischen Ressorts – vor allem Justiz, Finanzen, Polizei und Presse – nach wie vor vom ernannten britischen Gouverneur und seinem Exekutivrat kontrolliert werden. Nichts liegt den Begründern dieser Reformmaßnahme ferner als eine künftige Unabhängigkeit Indiens. Die Doppelherrschaft zielt vielmehr darauf, die für die Kolonialmacht strategischen Eliten stärker in die Verantwortung zu nehmen, ihnen neue Bereiche des politischen und wirtschaftlichen Engagements und der Patronage zu öffnen und sie eventuell gegeneinander auszuspielen.

Ohne es vorausszusehen, setzt die Kolonialmacht mit dieser Demokratisierung von oben einen Prozess in Gang, der insbesondere durch das Auftreten M.K. Gandhis und die von ihm betriebene Umwandlung des Congress fortan beständig radikalisiert wird und drei Jahrzehnte später in die Unabhängigkeit Indiens mündet. Noch während des Ersten Weltkrieges war Gandhi aus Südafrika nach Indien zurückgekehrt und von der Congress-Elite eher mit Bangen als mit Begeisterung empfangen worden. Seitdem hatte er erfolglos einen Interessenausgleich zwischen Congress und Muslimliga im Rahmen des sogenannten Lucknow-Paktes (1916) zu erzielen versucht. Im Rahmen der sogenannten Khilafat-Agitation hatte er auf Dauer ebenso erfolglos versucht, die wachsende Kluft zwischen orthodoxen Muslimen und den überwiegend hinduistischen Congress-Anhängern zu überbrücken.

Gandhi hatte seine Strategie des zivilen Ungehorsams den besonderen Bedingungen des Subkontinents inzwischen angepasst und sich eine nur ihm eigene gesamtindische Autorität, eigene Finanziere und Gefolgsleute gesichert. Er kann deshalb sowohl von außen wie von innen auf den noch immer lose organisierten Congress einwirken. Gandhi lehnt die britischen Reformen ab und fordert statt dessen in einem ersten gesamtindischen Satyagraha-Feldzug die sofortige Unabhängigkeit. Die Agitation bricht zwar nach wenigen Monaten zusammen, aber Gandhi hat der zerstrittenen und handlungsunfähigen Congress-Elite und der Kolonialmacht nun bewiesen, dass er der einzige Führer von gesamtindischer Statur ist, der Mitglieder der unterschiedlichsten Sprach-, Regional- und Kastengruppen hinter das Ideal der Unabhängigkeit, einer politisch und religiös gefärbten „Selbstherrschaft“ (Svaraj), scharen kann.

²Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 5,34 Mio. im Jahr 1920 und 6,375 Mio. im Jahr 1931. Die Gesamtbevölkerung belief sich in den Jahren 1921 und 1931 auf 318,9 bzw. 352,84 Mio. In der Zeit von 1909 bis 1919 durften lediglich 31.727 Personen an den Wahlen zu den Legislative Councils teilnehmen. Bis 1946 stieg dann die Zahl der Wahlberechtigten auf 41,0 Mio an. Siehe: Morris-Jones 1957, S.72; Rothermund 1965, S.88; Natarajan 1972.

Wahlen zu den Provinzparlamenten in Indien, 1937 und 1946: Verteilung der Sitze nach Parteien

| | Madras | Bombay | Bengal | United Provinces | Panjab | Bihar | Central Provinces | Assam | North-West Frontier Province | Orissa | Sind | Gesamt |
|--|---------|--------|--------|------------------|--------|-------|-------------------|-------|------------------------------|--------|------|---------|
| Indian National Congress | 159/165 | 85/125 | 52/83 | 134/152 | 19/51 | 92/98 | 70/92 | 33/58 | 19/30 | 36/47 | 6/22 | 705/923 |
| All-India Muslim League | 9/29 | 18/32 | 39/114 | 26/54 | 1/73 | -/35 | 5/14 | 10/31 | -/17 | -/4 | -/27 | 108/430 |
| Communist Party | -/2 | 1/2 | -/3 | -/- | -/- | -/- | -/- | -/- | -/- | -/1 | -/- | 1/8 |
| Unionist Party | - | - | - | - | 91/21 | - | - | - | - | - | - | 91/21 |
| Hindu Mahasabha | -/4 | -/1 | 2/1 | -/4 | -/4 | -/4 | 1/1 | -/4 | -/4 | -/4 | -/4 | 3/3 |
| Sikh-Parteien | - | - | - | - | 24/20 | - | - | - | -/1 | - | - | 24/21 |
| Praja Party | - | - | 36/4 | - | - | - | - | - | - | - | - | 36/4 |
| Justice Party | 21/- | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | 21/- |
| National Agriculturist Party | - | - | - | 22/- | - | - | - | - | - | - | - | 22/- |
| Indian Labour Party /Schedule Caste Federation | - | 13/- | -/1 | - | - | - | 1/1 | - | - | - | - | 14/2 |
| Kleinere Muslim-Parteien | 1/- | -/4 | 5/- | -/8 | 4/- | 3/4 | 8/- | 24/3 | -/2 | -/4 | 34/3 | 79/20 |
| Kleinere Hindu-Parteien | -/1 | - | 3/1 | - | 11/- | - | - | - | 7/- | - | 12/- | 33/1 |
| Andere | 25/18 | 58/15 | 113/44 | 46/14 | 25/10 | 57/15 | 27/4 | 41/16 | 24/- | 20/4 | 8/8 | 444/148 |
| Gesamt | 215 | 175 | 250 | 228 | 175 | 152 | 112 | 108 | 50 | 56 | 60 | 1581 |

Anmerkung: Die Gesamtzahlen der vom Congress gewonnenen Sitze beinhalten 26 für Muslime reservierte Sitze für das Jahr 1937 (NWFP: 15, Madras: 4, Bihar: 4, Punjab: 2, United Provinces: 1) und 22 für das Jahr 1946 (NWFP: 18, United Provinces: 3, Bihar: 1), weiterhin 5 bzw. 10 für Sikhs reservierte Sitze. Der Congress kandidierte nur für 58 bzw. 89 der insgesamt 482 bzw. 494 sog. Muslim seats. Bei den Wahlen 1946 bewarben sich die Nationalist Muslims und die Jamīyyat al-Islami-Hind um 97 Mandate, gewannen aber nur 7 (alle in den United Provinces) bzw. 6 (Assam: 3, NWFP: 2, Sind: 1).

Quellen: HMG, Return showing the Results of Elections in India 1937, London, 1937; Government of India, Return showing the Results of Elections in 1945-46, Delhi, 1948. Zitiert nach Chiriyankandath 1992, S. 57; Brown 1985, S. 298, 325.

Ende 1920 gibt Gandhi auf der Grundlage einer Serie von Reformmaßnahmen dem Congress eine demokratische Satzung und Organisationsstruktur. Es dauert allerdings noch Jahre und verschiedene gesamtindische Satyagraha-Kampagnen, bis sich diese Bürokratisierung und Demokratisierung des Apparates auch auf der Ebene der Distrikte oder Kleinstädte durchsetzt. Damit ist der Congress die erste und über Jahrzehnte hinweg einzige politische Organisation, die über einen gesamtindischen Charismatiker, eine indienweite politische Mobilisierungschance und Mechanismen der internen Konfliktbewältigung verfügt. Ihm fällt wie von selbst die Führungsrolle im Unabhängigkeitskampf zu. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges kann er die Verhandlungsrunden mit der Kolonialmacht auf indischer Seite dominieren und dadurch den Prozess einer „Demokratisierung von oben“ vorantreiben und für sich nutzbar machen.

Dieser sich über fast drei Jahrzehnte erstreckende Prozess stellt den Congress vor immer wieder neue Probleme: Er muss sich intern konsolidieren, er muss seine dominante Rolle als Verhandlungspartner der Kolonialmacht fortwährend verteidigen und er muss die zwangsläufig zentrifugalen Tendenzen, hervorgerufen durch seine Massenmobilisierungen, immer wieder zurückdrängen. Schließlich muss er die mächtigen Großgrundbesitzer, gegen die er im Rahmen seiner Agitation „antiimperialistisch“ Front macht, um die Masse der verarmten Bauern zu gewinnen, in seiner Organisation halten.

Auf diesen fortwährenden und nie unter seiner alleinigen Kontrolle stehenden Balanceakt des Congress kann im Folgenden nicht eingegangen werden. Im Lichte des Lipset/Rokkan-Modells soll aber gezeigt werden, welche Wirkungen von der politischen Vorrang- und expansiven Zentralstellung des Congress auf die Entstehung des indischen Parteienspektrums ausgingen. Die Kongresspartei beteiligt sich schließlich trotz der anfänglichen Ablehnung Gandhis an den unter der Dyarchie durchgeführten Wahlen, und er beteiligt sich vorbehaltlos an den zwei unter einem erweiterten Reformwerk seit 1936/37 durchgeführten Wahlrunden. Im Rahmen dieses Reformwerks, des Government of India Act 1935, erhält rund ein Fünftel der erwachsenen indischen Bevölkerung in den Provinzen Britisch-Indiens bereits das Wahlrecht, und die Parteien, also die von ihnen gestellten Provinzregierungen, erhalten jetzt die volle Entscheidungsgewalt über alle den Provinzen zustehenden Ressorts.

Die Kongresspartei operiert damit sowohl durch immer wieder neue Kampagnen als auch innerhalb des von der Kolonialmacht ausgelösten, aber bald nicht mehr kontrollierten Demokratisierungsprozesses. Im Verlauf dieses Prozesses kann sie ihre Vorrangstellung durch den Gewinn von Stimmen unter Beweis stellen und durch Machtausübung beständig ausbauen. Sie kann aber trotz ihrer Fähigkeit zu ideologischer Expansion, Toleranz und Integration nicht verhindern, dass außerhalb ihrer Organisation alte Konkurrenten fortbestehen, neue sich bilden oder im Einzelfall eigene Fraktionen sich temporär

oder auf Dauer zu selbstständigen Parteien formieren. Die vier nach Lipset/Rokkan für die Parteienbildung konstitutiven Konfliktlinien werden dabei, wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung und unerwarteter Konstellation, für die Kongresspartei zu einem fortwährenden Integrationsproblem. Im Folgenden soll die Entwicklung der Kongresspartei und die Entstehung weiterer Parteien entlang der vier Konfliktlinien des Lipset/Rokkan-Modells dargestellt werden.

3 Die vier für Parteibildungen konstituierenden Konfliktlinien

3.1 Zentrum vs. Peripherie

Die Kongresspartei ist eine nationale und antikoloniale Sammlungsbewegung. Sie muss also bei allen Provinzwahlen und gegenüber der Kolonialmacht unter Beweis stellen, dass sie die eine und religiös ungeteilte indische Nation repräsentiert. Sie verfügt aber in erster Linie in Nordindien, vor allem in den United Provinces, dem heutigen Uttar Pradesh, und seit dem Aufstieg Gandhis in Gujarat über eine konsolidierte Basis. Seine seit 1920 zunehmende Präsenz und Mobilisierungskraft können, müssen allerdings nicht, in den übrigen Regionen Abwehrreaktionen und Gegenbewegungen auslösen. Die Kongresspartei muss diese Kräfte, ihre Forderungen, Politik oder Regionalidentitäten marginalisieren, absorbieren oder kopieren, will sie ihren nationalen Alleinvertretungsanspruch nicht gefährden. In jeder der Provinzen stellt sich das Problem anders: In Südindien, in der Madras Presidency, haben sich seit dem Ersten Weltkrieg ein traditioneller tamilischer Regionalismus und ein neuer Antibrahmanismus politisch organisiert. Die Justice Party, getragen von nichtbrahmanischen Rajas und Honoratioren, ist entstanden, die den Brahmanen ihre dominante Stellung im Kolonialdienst neidet, Angst hat, künftig von der Kongresspartei majorisiert zu werden und deshalb gegen sie als eine von Nordindien und Brahmanen dominierte Organisation polemisiert. Die Kongresspartei kann zwar diese aufgrund exzessiver Korruption und Patronage zerfallende Honoratiorenpartei rasch marginalisieren, aber das ideologische Antriebsmoment, die Abwehr der vorgeblich den Süden bedrohenden nordindischen Bania-Brahmin-Allianz, kann von ihr nicht absorbiert, entpolitisiert und zum Aufbau einer eigenen „südindischen“ Authentizität und Wahlkampf-folklore verwendet werden. Eine neue nach dem Vorbild der Kongresspartei massendemokratisch organisierte, aber regionale Partei wird diesen Tamilnationalismus später nutzen, um gegen Ende der 1960er Jahre der Kongresspartei in Tamil Nadu die Macht zu entreißen.

In der größten, bevölkerungsreichsten und lange Zeit strategisch entscheidenden Bengal Presidency liegen die Probleme wiederum anders. Eine aus Schreibern und Brahmanen gebildete Intelligenz und einheimische Beamten-schaft hat sich hier seit dem 19. Jahrhundert als Avantgarde einer nicht nur bengalischen, sondern auch indischen kulturellen und politischen Erneuerung gesehen. In dem Maße, in dem sie einsehen musste, dass nicht sie, sondern die einflussreichen Anwälte und Magnaten Nordindiens, am Ende gar ein Hindi sprechender und volkstümlicher Mahatma Gandhi die Kongresspartei dominierten, hatte sich diese Bhadrakalok genannte Elite von der Kongresspartei abgewandt und ihre Unterstützung regionalen Parteien und einer stabilen regionalen Parteienkoalition zugesichert. Da in Bengalen der religiöse Gegensatz zwischen Hindus und Muslimen von einer gemeinsamen Bengali-Identität noch lange Zeit überwölbt wird, gelingt es einer bengalischen Parteienkoalition, bis kurz vor den letzten Wahlen unter kolonialer Herrschaft 1946 die regionale politische Arena zu dominieren und der Eskalation kommunalistischer Massaker zwischen Hindus und Muslimen entgegenzutreten.

Der frühzeitig radikalisierten bengalischen Intelligenz erscheint der Konstitutionalismus der Kongresspartei anachronistisch und die religiös eingefärbte Satyagraha-Strategie von Gandhi wirkungslos. Die 1920 von einem Bengalen gegründete Communist Party of India (CPI) nehmen die Extremisten innerhalb dieser Gruppe sehr rasch als eine sowohl effektivere als auch regional ansprechendere Alternative wahr. Im Rahmen oder im Schatten des regionalen Parteienbündnisses etabliert sich die Kommunistische Partei deshalb frühzeitig als eine sowohl sozialistische als auch regionale Partei, die sich bis heute mehr oder weniger auf eine grundbesitzende, linksorientierte Intelligenz stützt.

Wiederum eine andere Kräftekonstellation findet sich im in ökonomischer und militärischer Hinsicht für den Erhalt der British Raj unverzichtbaren Punjab. Hindu- und Muslimbevölkerung halten sich hier, wie in Bengalen, fast die Waage. Daneben besteht die kleine, aber einflussstarke Minderheit der Sikhs. Der Punjab ist der Kornspeicher Britisch-Indiens. Seine Agrarelite, die sich nicht nur aus Großgrundbesitzern und Magnaten, sondern auch aus der Jat-Kaste stammenden „Kulaken“, erfolgreichen Mittel- und Großbauern, zusammensetzt, ist noch nicht religiös gespalten. Dies macht die Bildung einer religiös neutralen regionalen Partei, der Unionist Party, möglich, die bis kurz vor der Unabhängigkeit fast durchgängig an der Macht bleibt und mit der sich die Kongresspartei ebenso wie die Muslimliga bis zu der alles entscheidenden Wahl 1946 arrangieren muss. Eher im Schatten der Unionist Party ist zugleich seit den 1920er Jahren eine religiöse Protestbewegung und spätere Partei der Sikhs, die Akali Dal, entstanden. Bedeutung gewinnt diese religiöse Partei aber erst nach der Unabhängigkeit.

In den drei großen Presidencies trifft die Kongresspartei damit auf regionale Abwehrreaktionen oder Parteien, die ihren Einfluss langfristig oder kurzfristig zurückdrängen und ihren nationalen Führungsanspruch negieren oder relativieren. In allen drei Presidencies entstehen oder bestehen regionale parteipolitische Sonderkulturen, die sich nach der Unabhängigkeit in alten oder neuen Formen entfalten: Im Punjab wird nach der Unabhängigkeit und vor allem nach der Schaffung eines Gliedstaates für die Sikhs die Akali Dal zur zweitwichtigsten Partei. In Westbengalen steht die Kongresspartei seit 1947 in Konkurrenz zur Communist Party of India (CPI), später der Communist Party of India (Marxist) (CPM-M), an die sie seit 1977 bis heute die Macht abgeben muss. Damit entsteht ein weltweites Unikum: Lediglich in Westbengalen schafft es eine kommunistische Partei, seit 25 Jahren in demokratischen Wahlen fortlaufend wiedergewählt zu werden – allerdings als eine vorrangig regionale, bengali-nationalistische Kaderorganisation. In Tamil Nadu schafft es schließlich eine Dravida Munnetra Kazhagam (DMK) genannte tamilnationalistische Partei, deren ideologische Genealogie bis auf die Justice Party zurückgeht, 1967 die Kongresspartei von der Macht zu drängen. Sie und ihre Abspaltung, die All-India Anna Dravida Munnetra Kazhagam (AIADMK), beherrschen Tamil Nadu bis heute. Der durch den Aufstieg der Kongresspartei unausweichlich gewordene Konflikt zwischen nationalem Zentrum und regionaler Peripherie begründet bereits seit Beginn des Unabhängigkeitskampfes in den 1920er Jahren drei bis heute wirksame regionale Sonderkulturen, Gegenbewegungen und Regionalparteien.

3.2 Säkularismus vs. Glaubensgemeinschaft

Die Kongresspartei ist nicht nur eine nationale, sie ist notgedrungen auch eine laizistische Unabhängigkeitsbewegung. Nichts erscheint vordergründig leichter, als die rund 70% der damaligen indischen Bevölkerung, die statistisch als Hindus gelten, unter ihrer Hinduidentität gegen die fremdgläubige Kolonialmacht zu mobilisieren. Enorme praktische, strategische und moralische Probleme stehen allerdings dagegen. Der „Hinduismus“ ist ein Fremdbegriff und eine religionswissenschaftliche Abstraktion. Was indienweit zählt, sind die jeweiligen sozialen, lokalen, sektarischen, also „kleinen Traditionen“, keine in der Sakralsprache Sanskrit manifeste „große Tradition“. Unter einer eindeutigen Hinduidentität lassen sich deshalb die „Hindus“ von Nordindien bis Südindien nicht organisieren. Der Versuch müsste zudem die ebenso schwer bestimmbare und organisierbare Muslimgemeinschaft entfremden, sie auf die Seite der Kolonialmacht treiben, lokale kommunalistische Unruhen verschärfen und der Kolonialregierung eine neue Schiedsrichter- und Schutzherrenrolle übertragen.

Aber nicht nur aus strategischen Gründen, sondern auch aus Überzeugung hält die Elite der Kongresspartei seit jeher daran fest, dass die Muslime, trotz des Widerspruchs der Muslimelite, für eine einheitliche, von der Kongresspartei dominierte Unabhängigkeitsbewegung gewonnen werden müssen. Die oft in dritter und vierter Generation westlich geprägte und anglophone Elite der Kongresspartei will den modernen demokratischen Verfassungsstaat auf laizistischer Grundlage. Was sich in den, verglichen mit Indien, religiös und kulturell weit homogeneren Staaten Europas als notwendig erwies, erscheint in dem von vier Schriftreligionen und zahllosen Sekten geprägten Indien, soll es künftig nicht in lokalen oder nationalen Bürgerkriegen untergehen, unausweichlich. Hinzu kommt eine soziale und fast „ständische“ Rahmenbedingung: Die Elite der Kongresspartei hat ihr öffentliches Erscheinungsmodell und ihren politischen Habitus nach demjenigen des britischen, des laizistischen Gentleman geformt, also nach dem Vorbild eines Mannes, dem sowohl politische Gesamtverantwortung als auch private religiöse Überzeugung so wichtig sind, dass er gelernt hat, beides auseinander zu halten. Als solche *native gentlemen* sind sie in ihrer Rolle als Privilegierte Gesprächspartner der Kolonialherren, und diese, über alle Konfrontationen fortdauernde wechselseitige Anerkennung und Gesprächsbereitschaft wollen sie nicht verlieren.

Das Bekenntnis zum Laizismus verlangt ihnen zudem angesichts der sozialen Komplexität und religiösen Offenheit des Hinduismus keine Opfer ab. In den Augen dieser oft brahmanischen und zugleich westlich geprägten Elite geht es im Unabhängigkeitskampf und vor allem in Zukunft darum, den Hinduismus zu modernisieren und zu reformieren: Da nach ihrer Auffassung das Gebot der religiösen Toleranz zum innersten Wesen des Hinduismus gehört, erwächst aus dem Nebeneinander von toleranter Religion und laizistischem Staat eine Symbiose und keine Konfrontation. Bei dieser Lesart bildet die Gestalt und Strategie Gandhis für die einen eine Bestätigung, für die anderen eine Provokation. Der Mahatma tritt mit einem religiösen und volkstümlichen Habitus und Idiom auf, als politischer, also weltzugewandter Asket hat er aber das Gebot religiöser Toleranz und der individuellen Wahrheitssuche zum Fundament seiner Lehre und seiner Agitation gemacht.

Was den aufgeklärten Hindu in der Kongresspartei mithin als eine Allegorie der Reformierbarkeit des Hinduismus und eines religiös toleranten, unabhängigen Indien erscheint, muss dem durchschnittlichen Muslim als die sanfte Übernahme eines laizistischen Staates durch eine diffuse, aber immer im Hinduismus lokalisierte Volksfrömmigkeit und Toleranzverpflichtung erscheinen. Die Kontrollmacht eines laizistischen Staates müssen die Muslime höher schätzen als den Glauben an die Toleranzfähigkeit des mehrheitlichen Hinduismus. Der von Programm, Satzung, Rhetorik und Überzeugung getragene Säkularismus der Kongresspartei steht aber in Konkurrenz mit anderen religiösen Erneuerungsprojekten, die sich zumeist nicht mit ihm vereinbaren lassen. Ne-

ben dem Glauben an die Modernisierbarkeit der Religion – aufgegriffen und politisch instrumentalisiert durch die Elite der Kongresspartei – steht der Versuch der orthodoxen Reform, und es entwickelt sich später die Hoffnung auf eine fundamentalistische Transformation des Hinduglaubens. Versuche einer solchen orthodoxen Reform oder fundamentalistischen Transformation finden sich nicht nur im Hinduismus, sondern auch im Islam.

Im Hinduismus geht ein orthodoxes Reformprojekt vorrangig von der 1875 in Nordindien entstandenen und dort wirksamen Arya Samaj aus. Da die Produktivität und Plastizität des Hinduismus aber die Entstehung eines allgemein verbindlichen orthodoxen Kerns immer verhindert hat, bleiben der Begründer Dayananda Saraswati und seine Bewegung im Wesentlichen darauf angewiesen, eine Orthodoxie zu erfinden. Die Bewegung kommt über begrenzte städtische und nordindische Milieus nicht hinaus und kann lediglich eine breitenwirksame, gegen die Muslime gerichtete Agitation, die sogenannte Kuhschutzbewegung, aber keine eigene Partei begründen. Die Bewegung steht zudem in Konkurrenz zu einer weiteren Organisation, der Hindu Mahasabha. Diese Organisation kann sich als Partei formieren, mit mäßigem Erfolg in verschiedenen Provinzen an den Wahlen teilnehmen. Das Projekt einer nationalistischen Transformation des Hinduglaubens wird in den 1920er Jahren von dem Ideologen V.D. Savarkar und dem Organisator K. Hedgewar initiiert, der 1925 die Kaderorganisation Rashtriya Svayamsevak Sangh (RSS – „Nationale Freiwilligenunion“) ins Leben ruft. Erst nach der Unabhängigkeit – im Jahr 1951 – gelingt es dem Nachfolger Hedgewars, M.S. Golwalkar, eine hindunationalistische Partei, die Bharatiya Jana Sangh, später Bharatiya Janata Party (BJP), zu gründen.

Entsprechende orthodoxe Reformversuche und erst in den 1940er Jahren eine fundamentalistische Transformation zeigen sich auch im indischen Islam. Der Versuch einer orthodoxen Reform kann sich, im Gegensatz zum Hinduismus, auf ein weitgehend unstrittiges Bild der Glaubensstreue berufen. Einem solchen Versuch stellen sich daher praktische, aber keine unüberwindbaren religiösen Probleme entgegen. Von der Ausbildungsstätte für Koran- und Rechtslehrer in Deoband, im heutigen Uttar Pradesh, war seit 1867 eine solche orthodoxe Reformbewegung ausgegangen. Unter dem Eindruck der ersten promuslimischen und antikolonialen Protestbewegungen – die Agitation für die Teilung Bengalens und die Khilafat-Bewegung – hatte sich schließlich auch eine übergreifende Organisation, die Jamiyyat al-*ulama-i Hind* (JUI), herausgebildet. Zu den vielen Paradoxien des indischen Unabhängigkeitskampfes gehört, dass diese 1919 gegründete Organisation fast bis zur Teilung politisch auf der Seite der Kongresspartei stand: Einem orthodoxen islamischen Reformprojekt verpflichtet, will die Organisation, dass der gläubige Muslim seine Kontakte mit Glaubensfremden, insbesondere der Kolonialmacht, möglichst einschränkt. Der gläubige Muslim soll sich auf die universale Umma, also

die länderüberspannende religiöse Gemeinschaft aller Muslime, und nicht auf die diese Umma zerschneidenden modernen Territorialstaaten ausrichten. Es gilt, den eigenen religiösen Garten zu bestellen und sich ansonsten einer auch fremdgläubigen Herrschaft friedlich zu unterstellen, wenn diese die religiöse Freiheit der Muslime garantiert. Diese Garantie sieht die JUI bei der Kongresspartei gesichert. Auf der anderen Seite verachtet sie den religiösen Laizismus der Muslimliga-Honoratioren und misstraut den religiösen Modernisierungsbestrebungen der Muslimliga-Intelligenz. 1941 gründet schließlich Maulana Maududi, aus den Reihen der Deoband-Bewegung und der JUI kommend, seine Jamaat-i Islami, die auf einen islamischen Fundamentalismus zielt.

Die Kongresspartei verfügt zwar über ein laizistisches Staatsideal und eine bürokratisch-demokratische Satzung, aber es bedarf noch vieler Anstrengungen und Kampagnen, um beides innerhalb der Partei, also vor allem in den Distrikten und Regionen, durchzusetzen. Seine Provinz- und Distriktkomitees können und wollen nicht verhindern, dass sich Anhänger der Arya Samaj und der Hindu Mahasabha auf mittlerer und unterer Ebene in der Kongresspartei engagieren. Die Spitze, das All-India Congress Committee, sieht es dagegen als vorteilhaft an, die islamisch-orthodoxe JUI auf der Seite der Kongresspartei zu halten. Die Kongresspartei kann deshalb nicht verhindern, dass sie auf mittlerer und unterer Ebene von Hindus nicht nur dominiert erscheint, sondern dass die angesichts der Größe Indiens kaum kontrollierbaren Aktivitäten einzelner Distriktkomitees eine orthodox-restaurative, in vielen Fällen antimuslimische Stoßrichtung annehmen.

Wie sehr die Meinungen über die Muslime und den Säkularismus zwischen Parteispitze und Fußvolk auseinander klaffen, zeigt indirekt ein Ende der 1930er Jahre von Nehru initiiertes letzter Versuch, die Masse der Muslime für die Kongresspartei zu gewinnen: In einer (Muslim) Mass Contacts Campaign sollen auf lokaler Ebene die Muslime für die Kongresspartei als Mitglieder oder Wähler mobilisiert werden. Die Kampagne kommt im Gegensatz zu den antikolonialen Satyagraha-Aktionen nicht in Schwung, weil die lokalen Hindugefolschaften sich nicht beteiligen. Die These, die Kongresspartei verdanke ihre Führerschaft der Unabhängigkeitsbewegung und ihren Erfolg ihrem unbeirrten Festhalten am Säkularismus, ist deshalb eine der Congress-Ideologie entsprechende bequeme Halbwahrheit. Größe und Geschick der Kongresspartei bestanden vielmehr darin, dass sie mit einem programmatischen und rhetorischen Säkularismus den Unabhängigkeitskampf aufnahm und zu Ende brachte, während sie in der Praxis, in den Distriktkomitees und in den Kampagnen, beständig mit hindurestaurativen Kräften zu koalieren gezwungen und auch bereit war. Hinzu tritt noch, dass die Kongresspartei wie selbstverständlich die stärkste religiöse Kraft, die jeder Reform abgeneigten traditionellen Träger des Hinduglaubens, die Dorfbrahmanen und Tempelpriester, für ihre Ziele zu mobilisieren verstand.

Die Größe der Kongresspartei und ihrer Strategie des Säkularismus besteht mithin darin, dass sie die unterschiedlichen Spielarten des authentischen wie des Reformhinduismus mobilisieren und zugleich dominieren konnte. Dieser in der Unabhängigkeit und der Begründung eines laizistischen Staates manifeste Erfolg hinterlässt zugleich eine politische Hypothek. Denn es ist nicht auszuschließen, dass die Behauptung der Kongresspartei, säkularer Staat und modernisierungsfähiger Hinduismus entsprächen und stützten einander, von Parteien, die sich auf einen restaurativen oder fundamentalistischen Hinduismus berufen, in Zweifel gezogen wird. Solche Parteien könnten dann eine entsprechende Umbildung und Anpassung des indischen Säkularismus verlangen. Unterschiedliche Auffassungen des Hinduismus machen somit den Weg frei für eine angemessene Indisierung, d.h. Einschränkung des Säkularismus, wie sie in den vergangenen Jahrzehnten von der BJP eingefordert wurde.

3.3 Stadt vs. Land

Urbanisierung und beginnende Industrialisierung lassen eine Konfliktlinie zwischen Stadt und Land, städtischem und agrarischem Sektor entstehen, die im Zuge einer Demokratisierung zur Entstehung von Parteien führen kann, die spezifisch städtische und oft freihändlerische bzw. spezifisch agrarische und oft protektionistische Interessen verfolgen. In Indien setzen aber von oben initiierte Prozesse der Demokratisierung und der antikoloniale Kampf der Parteien zu einem Zeitpunkt ein, zu dem Urbanisierung und Industrialisierung relativ bedeutungslos sind. Dennoch existieren aufgrund der kolonialen Herrschaftsabsicherung bereits recht gut organisierte agrarische Interessenverbände. Die Kongresspartei ist nicht nur eine nationale und formal laizistische Unabhängigkeitsbewegung, seit dem Reformwerk von 1920 ist sie auch Partei: Ihren Herrschafts- und Alleinvertretungsanspruch muss sie deshalb jetzt vorrangig auf Wahlsiege stützen.

Die Wählerstimmen finden sich aber auf dem Land und – dank eines extrem eingeschränkten Stimmrechts – bei den Großgrundbesitzern und Magnaten, die in den traditionell probritisch orientierten Agrarverbänden organisiert sind. Um den Druck auf die Kolonialmacht aufrechtzuerhalten und weitere Demokratisierungsschritte zu erzwingen, muss sich die Kongresspartei auf die Masse der Inder stützen, also auf die von den Agrarreliten ausgebeuteten und beherrschten mittleren und Kleinbauern, Pächter oder Landarbeiter. Um aber bei Wahlen erfolgreich zu sein, muss sie sich zumindest in Zeiten der Dyarchie mit eben diesen Magnaten politisch verbünden. Dies stellt die Kongresspartei vor eine Zerreißprobe. Sie rettet die Heterogenität Indiens, also die von Region zu Region unterschiedlichen agrarischen Herrschaftsverhältnisse, die ihr bei Wahlen immer wieder andere Allianzen, Versprechungen und Konzessionen gestatten. Sie rettet aber auch eine angesichts des immer noch losen

Parteizusammenhalts jetzt perfektionierte Strategie: einerseits „getrennt marschieren, vereint schlagen“, andererseits „erst ermutigen, dann fallen lassen“.

Aufgrund der Imperative der Massenmobilisierung und des Drucks ihrer eigenen linksgerichteten Anhänger muss die Kongresspartei die dünne Schicht der Großgrundbesitzer, die in Nordindien oft zwei Drittel des bebauten Bodens besitzen, als Unterdrücker der Tiller of the Soil und als Parteigänger der Kolonialmacht anklagen. Aber diesen großen Worten folgen nur kleine Taten: In den Programmen zur Agrarreform wird den besonderen Agrar- und Herrschaftsverhältnissen der jeweiligen Provinz Rechnung getragen und werden lediglich begrenzte Reformen gefordert. Bei Protestkampagnen hält sich die Kongresspartei als Aktivistin zurück und überlässt das Feld eigenständigen Organisationen. Sind diese erfolgreich, so werden sie unterstützt, kooptiert und unter Kontrolle gebracht. Sind diese Organisationen radikalisiert und militant, werden sie fallen gelassen sowie politisch und juristisch ausgeschaltet.

Für den Erfolg des Unabhängigkeitskampfes entscheidend ist aber, dass durch diese Strategie den indischen Agrarreliten auf lautlose Art und Weise mitgeteilt wird, dass ein neuer Machtfaktor und künftiger Garant oder Zerstörer ihrer Stellung entstanden ist. Sie müssen überlegen, ob sie weiterhin bedingungslos auf der Seite der British Raj verharren oder von nun an in flexibler Äquidistanz zwischen Kolonialmacht und Kongresspartei operieren wollen.

Seit Beginn der 1930er Jahre hat die Mehrheit der Agrarreliten, aber nicht die Spitzengruppe der Großbauern und Großgrundbesitzer, diese Botschaft verstanden. Sie oder zumindest der eine oder andere ihrer Söhne drängen jetzt in die Kongresspartei. Die Kongresspartei gewinnt damit den Charakter einer Unabhängigkeitsbewegung und einer Bauernpartei zugleich, sie wird zu einer nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Land verankerten Massenpartei, die sich bei Aktionen auf dem Lande keine Sorgen um Teilnehmer, Finanzierung und Ressourcen machen muss. Die Autorität und Macht dieser ländlichen Honoratioren sowie mittleren oder kleineren Grundbesitzer stützen jetzt die Kongresspartei im eigentlichen, im ländlichen Indien. Sie beginnt nun, im Binnenraum ihrer regionalen Apparate, in ihren Pradesh Committees, die ländliche Herrschafts- und Kastenordnung widerzuspiegeln.

Der Government of India Act 1935 erweitert das Wahlrecht auf rund 20% der erwachsenen indischen Bevölkerung. Das verstärkt diesen Prozess und enthebt die Kongresspartei der Aufgabe, die Agrarelite abwechselnd warnen und hofieren zu müssen. Wahlberechtigt ist jetzt nicht mehr eine dünne Schicht, sondern die Gesamtheit der traditionellen dörflichen Machthaber und ein gut Teil der dominanten Kasten. Mit diesen nach Millionen zählenden Gruppen im Rücken kann die Kongresspartei jetzt Pläne für eine Landreform, vor allem für eine *zamindari abolition*, vorbereiten, die nach der Unabhängigkeit den exzessiven Landbesitz der größten Grundbesitzer (ca. 1% der ländlichen

Bevölkerung) auf eine breite und der Kongresspartei wohlgesinnte Agrarelite (ca. 20% der ländlichen Bevölkerung) umverteilen soll. Zuerst mit einer ambivalenten Strategie, dann durch diese Reform sichert sich die Kongresspartei ihre dominante Stellung auf dem Land, also den Status einer indienweiten Bauernpartei. Auf Jahrzehnte hinaus kann sie ca. 20% der Wählerstimmen der mittleren und hohen Bauernkasten gewinnen.

Der Schlüssel für Massenmobilisierung und Wahlsiege liegt also auf dem Land. Das De-facto-Zusammenspiel mit dominanten Kasten, Großbauern und traditionellen Autoritätsträgern bei gleichzeitiger antiimperialistischer Rhetorik gegen jenes dünne Stratum der allergrößten Magnaten, Rajas und Zamindare, auf die sich die britische Herrschaft vorrangig stützt, bedeutet jedoch zugleich, dass sich die Kongresspartei allenfalls vordergründig zur Anwältin der Armen und Rechtlosen der indischen Bauernbevölkerung, der landlosen Erntearbeiter, Tagelöhner und jederzeit kündbaren Pächter, machen kann. Diese fast immer unberührbaren Gruppen zählen neben anderen zu den *depressed classes*, die nach Angaben des Census von 1921 zwischen 55 und 60 Mio. Menschen bzw. rund 18% der Gesamtbevölkerung von 319 Mio. ausmachen.

Der Sozialreformer B.R. Ambedkar hat inzwischen eine Unberührbarenbewegung ins Leben gerufen. Aber auch Gandhi hat die Unberührbaren, in seinen Augen die „Kinder Gottes“, die Harijans, in das Zentrum seiner sozialen und moralischen, nicht aber seiner politischen Reformbemühungen gestellt. Der Logik interessengeleiteter Parteimobilisierung folgend, wird damit – parallel zur Verschärfung des Unabhängigkeitskampfes – eine Konfrontation denkbar. Der „nationalen“ Unabhängigkeitsbewegung, die sich inzwischen maßgeblich auf die Agrarelite stützt, droht eine indienweite Unberührbarenvereinigung gegenüberzustehen, die umfassende Landreformen, vor allem aber eine die Herrschaftsordnung des ländlichen Indiens umstürzende soziale und wirtschaftliche Gleichbehandlung der Unberührbaren verlangt. Sowohl aus Überzeugung als auch aus Kalkül unterstützt die Kolonialmacht Ambedkar und ist bereit, ihm einen eigenständigen Platz in den Verhandlungsrunden einzuräumen, in denen über weitere politische Reformschritte verhandelt werden soll.

Die Entstehung einer separaten Unberührbarenpartei wird aber von Gandhi und der Kongresspartei erbittert bekämpft. Die Kongresspartei sieht ihren für den Unabhängigkeitskampf unverzichtbaren Alleinvertretungsanspruch bedroht. Gandhi wiederum will das Los der Unberührbaren durch eine umfassende Reform des Hinduismus und eine moralische Neubestimmung des Kastensystems, nicht aber durch konfliktträchtige „getrennte Wählerschaften“ und Agrarreformen verbessern. Es ist bezeichnend, dass Gandhi seine moralisch so wirkungsvollen Satyagraha-Kampagnen immer nur gegen kolonial

verursachte, aber nie gegen traditionell sanktionierte Unterdrückungssysteme auf dem Lande durchführt.

In langwierigen Verhandlungen und unter dem massiven Druck Gandhis, sein Fasten notfalls bis zum Tode weiterzuführen, gelingt es schließlich der Congress-Führung, Ambedkar dazu zu bringen, die Forderung nach getrennten Wählerschaften für die Unberührbaren zu Gunsten der Regelung der *reserved seats* aufzugeben und die Frage einer umfassenden Besserstellung der Unberührbaren bis zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit zu verschieben. Mit dieser Übereinkunft, dem sogenannten Poona-Pakt von 1932, vermeidet die Kongresspartei, dass ihr in der entscheidenden Mobilisierungs- und Machtarena, im Agrarsektor, eine konkurrierende Organisation entgegentritt, die ihren Klassencharakter offen legt, soziale Protestbewegungen provoziert und die Glaubwürdigkeit des Mahatma, jener unersetzbaren Integrationsklammer, untergräbt.

3.4 Kapital vs. Arbeit

Prozesse der Urbanisierung und Industrialisierung haben, wie bereits erwähnt, in Britisch-Indien in äußerst begrenztem Umfang eingesetzt. Die Urbanisierung stellt der Kolonialmacht ihre Kontrollzentren bereit, und die begrenzte Industrialisierung konzentriert sich auf diese Kolonialstädte. Diese sind für die Präsenz und Selbstdarstellung der Kolonialmacht bzw. für die Stabilität dieser Herrschaftszentren von ausschlaggebender Bedeutung: In den modernen Industrieenklaven in Calcutta, Madras und Bombay sind eine Fülle kleiner, stark zersplitterter Gewerkschaften entstanden. Zudem hat sich das britische und vor allem das indische Handels- und Industriekapital, getragen von indischen Händler- und Geldverleiherkasten und einzelnen herausragenden Unternehmerfamilien, in den Chambers of Industry and Commerce frühzeitig eine Operationsbasis geschaffen. Zwangsläufig instabile Zusammenschlüsse von Gewerkschaften bilden in Zeiten der Dyarchie und des Government of India Act 1935 ephemere Parteien, die sich an den Wahlen zu den Provinzparlamenten zumeist erfolglos beteiligen. Nachdem die Kongresspartei und die Kommunistische Partei Gewerkschaftsdachverbände gegründet haben, versuchen sie diese zahllosen lokalen und sektoralen Einzelgewerkschaften indienweit zu erfassen.

Die großen indischen Unternehmerfamilien und die verschiedenen Händlergruppen hingegen stellen keine eigene Partei auf, vielmehr schlagen sie sich verdeckt oder offen bald auf die Seite der Kongresspartei: Die Kolonialmacht hat indische Industrialisierungsinitiativen nie nachhaltig unterstützt und den für ihren Machterhalt entscheidenden Agrarelite weit größere Aufmerksamkeit, Auszeichnungen und Konzessionen zuteil werden lassen. Bestimmte Kampagnen Gandhis, wie der Boykott britischer Fabrikwaren oder die durch die

Svadeshi-Bewegung propagierte Herstellung eigenen Garns und eigener Stoffe, kommen diesen Geschäftsleuten direkt oder symbolisch entgegen. Für die Kongresspartei ist die Unterstützung seitens dieser Kreise weit bedeutsamer als eine Unterstützung seitens der zahlreichen, lediglich lokal und episodisch einflussreichen Gewerkschaften. Sie wie auch einzelne Magnaten tragen in starkem Umfang zur Finanzierung bei, verfügen über eine hohe Kompetenz und indienweite Perspektive und stellen auch deshalb, allerdings den größten Landbesitzern nachgeordnet, wichtige Ansprechpartner der Kolonialmacht dar. Die zunehmende Annäherung dieser Kreise an die Kongresspartei verschiebt ein weiteres Mal die Machtverhältnisse zu Ungunsten der British Raj.

Die Doppelstellung der Kongresspartei als eine mit der Kolonialmacht verhandelnde und gegen sie agitierende Kraft, also eines Insiders und Outsiders der anlaufenden, noch kolonial kontrollierten Demokratisierung, legen es ihr nahe, ihren Zugang zu den Industrieklaven und Congress-nahen Gewerkschaften dennoch zu kultivieren. Vergleichbar ihrer Operationsweise auf dem flachen Lande rettet sie auch hier die schiere Größe Indiens, also die fast unüberbrückbare Distanz zwischen dem zentralen All-India Working Committee und den Distriktkomitees. Auf der Ebene des Working Committee fallen die Entscheidungen über die Kampagnen und die nächsten Züge im Verhandlungsspiel, auf der Ebene der Distriktkomitees gilt es, die Kampagnen erfolgreich zu initiieren und anschließend zu kontrollieren.

Auf der höchsten Ebene etablieren sich mithin der Meinungs-austausch und die Kooperation der Wirtschaftselite, während auf der lokalen Ebene, insbesondere in den großen Städten, die Effektivität und Mobilisierung der Kongresspartei unter Beweis gestellt werden muss. Dazu ist aber ein Zusammengehen mit den Gewerkschaften, vor allem in Bombay, Calcutta und Madras, absolut notwendig. Die Achillesferse kolonialer Herrschaft zeigt sich in dem nur ihr eigenen Zwang, von wenigen Zentren aus, die zweifelsfrei unter ihrer Kontrolle stehen, weite Territorien beherrschen zu müssen. Diese Verletzbarkeit verschafft den zahlenmäßig bedeutungslosen Gewerkschaften und über sie der Kongresspartei eine einzigartige Agitations- und Demonstrationchance. Lange bevor die Kongresspartei auf dem Lande präsent und mobilisierungsfähig ist, kann sie in diesen Schaufenstern der Kolonialmacht zeigen, dass die britische Herrschaft verwundbar und ihr Herrschaftsanspruch unglaubwürdig ist.

4 Schlussbetrachtung

Vier grundlegende Bestandteile des Modernisierungsprozesses – die administrative und technische Durchdringung des Staatsterritoriums, die Errichtung eines laizistischen Staatswesens, die Ausdehnung und das Primat städtischer Lebensformen sowie die Durchsetzung einer industriell-kapitalistischen Pro-

duktion und Gesellschaft – schaffen nach Lipset/Rokkan Konfliktlinien, die unausweichlich, wenn auch nicht unüberwindbar sind. Die Konflikte sind unausweichlich, weil die genannten Prozesse notwendigerweise bestimmte Gruppen, Gruppeninteressen oder Gruppenkulturen bevorzugen bzw. benachteiligen. Die Prozesse stellen somit Themen und Ressourcen potenzieller politischer Mobilisierung bereit, auch wenn ein jeweiliger Kontext die Form des Konfliktes und der Parteien determiniert. Der Kontext wird durch die Form und den Wirkungsgrad der Prozesse, die Struktur des betreffenden Landes, die Gestalt des jeweiligen Demokratisierungsprozesses und die Organisation von Interessengruppen und Parteien bestimmt.

Der hier dargestellte Fall Indien unterscheidet sich von denkbaren europäischen Analogien in doppelter Hinsicht: Zwei konfliktauslösende Prozesse, die Urbanisierung und die Industrialisierung, sind kaum gegeben, und alle Prozesse, in welcher Intensität auch immer, finden im Wesentlichen zeitgleich statt. Vor allem aber: Die genannten Prozesse treten in einem Kontext auf, der sich in Größe und Herrschaftsform grundsätzlich von europäischen Fällen unterscheidet. Britisch-Indien ist ein Subkontinent und deshalb polyzentrisch organisiert, und die vier Modernisierungsprozesse spielen sich unter einer kolonialen Herrschaft ab, die darüber hinaus einer immer stärkeren Unabhängigkeitsbewegung gegenübersteht.

Angesichts dieser Unterschiedlichkeit erst der Prozesse und dann des Kontextes wäre zu erwarten, dass weder die charakteristischen Konfliktlinien noch die ihnen entsprechenden Interessengruppen und Parteytypen entstanden sind. Im Gegensatz dazu hat unsere Betrachtung allerdings die folgenden, oft verwirrenden Entwicklungslinien aufgezeigt:

Eine von mehreren Zentren, nicht von einem Zentrum ausgreifende kolonialstaatliche Territorialerfassung lässt erste regionale Organisationen, Identitätsmuster und Interessengemeinsamkeiten entstehen. Sie werden getragen und artikuliert von regionalen Honoratiorenschichten, die mit der Kolonialmacht kooperieren. Auf gesamtindischer Ebene können sich diese Netzwerke und Organisationen in einzelnen Fällen und im Maßstab politischer Beteiligungsrechte als regionalistische Bewegungen artikulieren, in ihren Provinzen dagegen neigen sie dazu, die entsprechenden Subkulturen und „kleinen Traditionen“ entweder auszugrenzen oder zu absorbieren. Da sich allerdings der Congress frühzeitig als eine Organisation mit gesamtindischem Anspruch aus diesen Honoratiorenkreisen heraus entwickelt, gelingt es ihm in fast allen Fällen, die Entstehung eigenständiger und dauerhafter Regionalparteien und Koalitionen zu verhindern. Misslingt dies, so kann die Kongresspartei sich von Seiten dieser Parteien doch immerhin die Unterstützung des gesamtindischen Unabhängigkeitskampfes sichern und mit diesen taktisch koalieren.

Nicht der Laizismus, sondern die umfassende Überlegenheit der Kolonialherrschaft löst bei Minderheitssektionen der Hindus und Muslime moderni-

sierende, restaurative oder fundamentalistische Reformbewegungen, aber zunächst keine Parteien aus. Die Mehrheit der Hindus und Muslime verharret dagegen in einem religiösen Traditionalismus. Der Laizismus der Congress-Führung verbindet sich zugleich mit dem Glauben, der Hinduismus sei modernisierbar, und mit der Auffassung, ein vorrangig auf Toleranz gegründeter Hinduismus sei mit einem Staatslaizismus innerlich verwandt und politisch kompatibel. Diese Auffassung, verbunden mit dem Erscheinungsbild und den Kampagnen Gandhis, muss einer zunehmenden Masse auch dogmatisch indifferenter Muslime genau in dem Maße als suspekt erscheinen, wie diese Zweckinterpretation und das Charisma Mahatma Gandhis der Kongresspartei Massenerfolge und moralischen Respekt verschaffen. Die meisten Muslime verlangen schließlich einen säkularen Staat, in dem sie und nicht die Hindus die Mehrheit stellen. Die von der religiös indifferenten Muslimliga und M.A. Jinnah seit 1940 erhobene Forderung nach einem Pakistan entspricht dieser defensiven Neigung der Muslimminderheit.

Literaturverzeichnis

- Brown, Judith M. (1985): *Modern India. The Origins of an Asian Democracy*, Oxford u.a.: Oxford University Press
- Chiriyankandath, James (1992): „Democracy‘ under the Raj: Elections and Separate Representation in British India“, in: *Journal of Commonwealth and Comparative Politics*, Vol.30, No.1, S.39-64
- Hardy, Peter (1972): *The Muslims of British India*, Cambridge: Cambridge University Press
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hrsg.) (1967): *Party Systems and Voter Alignments. Cross-National Perspectives*, New York: Free Press
- Misra, B.B. (1976): *The Indian Political Parties. A Historical Analysis of Political Behaviour up to 1947*, Delhi: Oxford University Press
- Morris-Jones, W.H. (1957): *Parliament in India*, London u.a.: Longmans, Green and Co.
- Natarajan, D. (1972): *Intercensal Growth of Population (Analysis of Extracts from All India Census Reports)*, Census of India 1971. Census Centenary Monograph No. 3, New Delhi: Office of the Registrar General, India
- Reed, Sir Stanley/Sheppard, S.T. (Hrsg.) (1930): *The Indian Year Book 1930. A Statistical and Historical Annual of the Indian Empire, with an Explanation of the Principal Topics of the Day*, Bombay/Calcutta: Bennett, Coleman and Co.
- Rösel, Jakob/Jürgenmeyer, Clemens (2001): „Die Entstehung eines Parteiensystems in der Indischen Union“, in: Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hrsg.),

- Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S.295-321
- Rothermund, Dietmar (1965): *Die politische Willensbildung in Indien 1900-1960*, Wiesbaden: Otto Harrassowitz
- Sisson, Richard/Wolpert, Stanley (Hrsg.) (1988): *Congress and Indian Nationalism. The Pre-Independence Phase*, Delhi et al.: Oxford University Press

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Satz und Textgestaltung in L^AT_EX auf Linux: Ruth Cordes, Dörthe Riedel
Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-280-8
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2002

CIP-Titelaufnahme:

| |
|---|
| <p>Indien 2002. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft/ hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2002. – 428 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-280-8</p> |
|---|



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa. Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).